

Steuern werden schon heute stark umverteilt

Am 26. September stimmen wir über die Steuer-Initiative der Juso ab. Wie sich in den vergangenen Wochen in einer SRG-Umfrage zur Abstimmung zeigte, geniesst das Ansinnen in der Bevölkerung durchaus Sympathien. Aus diesem Grund möchte ich an dieser Stelle auf die Mängel der Initiative aufmerksam machen. Tatsache ist, dass es in der Schweiz bereits heute eine beträchtliche Umverteilung der Steuern gibt. Die unverhältnismässig hohe Besteuerung bestimmter Einkom-

mensteile widerspricht den genannten verfassungsmässig garantierten Besteuerungsprinzipien. Sie ist schlicht und einfach unfair. Mit der 99%-Initiative wird die wirtschaftliche Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinn und Dividenden erträgen wieder erhöht. Dies wäre ein klarer Bruch mit der erfolgreichen und demokratisch errungenen Steuerpolitik der vergangenen Jahre. Ein Ja zur Juso-Initiative wäre damit kein Schritt vorwärts, sondern zwei zurück. Noch viel schlim-

mer aber ist, dass junge und engagierten Menschen in der Schweiz die Anreize verkleinert werden, ein Startup zu gründen. Neu müssten sie nämlich beim Verkauf des Unternehmens eine krasse Steuer bezahlen. Dies führt zu weniger Innovation und weniger Arbeitsplätzen, was fatal wäre. Aus diesen Gründen stimme ich klar NEIN zur schädlichen Steuer-Initiative der Juso.

Gian Brun, Präsident
Jungfreisinnige Kanton Zug,
Hünenberg

«Ja» am 26.9. zum neuen Pflegezentrum Dreilinden in Rotkreuz

Es wurde schon viel geschrieben und diskutiert über das Projekt Dreilinden, ein neues Pflegezentrum mit einem Neubau für Alterswohnungen (mit Pflegedienstleistungen) im Dorfzentrum von Rotkreuz. Natürlich ist ein so grosses Projekt immer mit gewissen planerischen und finanziellen Risiken verbunden und man kann nie die genaue demographische Entwicklung voraussagen. Aber alle Zahlen sprechen dafür, dass wir in unserer Gemeinde bis 2040 von einer Verdoppelung der Anzahl der über 65-jährigen Be-

wohnerinnen und Bewohner mit einem entsprechenden Pflegebedarf ausgehen können. Für unsere älteren Familienangehörigen und Freunde sollten wir darum heute den Grundstein für eine fortschrittliche und durchdachte Infrastruktur für ein Leben im Alter legen. Im Sinne des Generationenvertrags ist es für mich selbstverständlich, dass gerade die jüngere Generation dieses Projekt unterstützt, denn wir alle profitieren heute ja auch von einer Lebensqualität und einem Umfeld, das unsere älteren Mitmenschen für

uns geschaffen haben. Das vorliegende Projekt zeigt nach heutigem Stand klare bauliche, betriebliche und auch finanzielle Vorteile wie auch eine schöne gestalterische Einbettung in unser Dorfzentrum. Das kommt uns allen früher oder später zugute! Darum bitte ich alle Rischerinnen und Rischer, am 26. September den Beschluss über das «Vorgehen betreffend der Überbauung Buonaserstrasse (VÜB)» anzunehmen.

Urban Bucher, Geschäftsführer
Die Mitte Risch-Rotkreuz

Liebe ist liberal – Ja zur Ehe für alle

Jede Person soll ihr Leben möglichst frei gestalten können – auch unabhängig von der sexuellen Orientierung. Liebe ist liberal und die Ehe für alle bietet gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit, ihre Beziehung entsprechend zu leben. Was wohl vor 10 Jahren noch nicht möglich gewesen wäre, ist heute selbstverständlich. Bei keiner anderen gesellschaftlichen Frage hat sich die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer so rasch

gewandelt. Die Bevölkerung scheint bereit, die liberalen und fortschrittlichen Argumente stärker zu gewichtigen und nicht nur die wiederkehrenden Argumente und biologischen Fakten zu zementieren. Es ist bereits heute so, dass die Bundesverfassung die Ehe nicht ausschliesslich zwischen Mann und Frau vorsieht und somit ohne Verfassungsänderung dieser zeitgemässe Schritt vorgenommen werden kann. Der Staat sollte nicht

vorschreiben, was eine gute Familie ist oder welches Familienmodell sich besonders gut für die Erziehung und Fürsorge von Kindern eignet. Der Staat muss aber die Voraussetzung schaffen, damit jedermann die Möglichkeiten und Freiheiten vorfindet, um gemäss seinen Vorstellungen eine glückliche Partnerschaft und erfülltes Familienleben zu leben.

Etienne Schumpf,
FDP-Fraktionschef, GGR Stadt Zug

In welchem Jahrhundert leben wir schon wieder?

Mit Genuss lese ich jeweils die Zuger Woche. Bei der letzten Ausgabe vom 8.9., blieb mir aber fast das Wasser im Hals stecken! Folgendes Inserat sprang mich unübersehbar an: «DICH meine ich. Als GOTT die Menschen erschuf, machte ER sie

als Mann und Frau. Aber ER schreibt nicht vor, wen wir lieben.»

In welchem Jahrhundert leben wir schon wieder, liebes Komitee für christlichen Glauben aus Volketswil? Ich bin überzeugt, dass Gott wollte, dass wir uns lieben

und Liebe weitergeben, egal an wen! Einige unserer liebsten, aufrichtigsten und ehrlichsten Freunde sind homosexuell. Ich bin stolz und dankbar, mit ihnen befreundet zu sein.

Catherine Müller, Menzingen

Ehe für alle: Gesetze der Lebensrealität anpassen

Es ist immer wieder einmal notwendig, sich zu fragen: Entsprechen die aktuellen Gesetze noch der Realität in unserer Gesellschaft? Wir sehen immer wieder Veränderungen in unserer Gesellschaft, in Lebensstilen und Gewohnheiten. Gesetze unterliegen genau wie die Lebenswirk-

lichkeit einem Wandel – das ist gut und richtig so. Es ist wichtig, dass wir mit der Zeit gehen. Heute steht fest: Gleichgeschlechtliche Paare sind in der Bevölkerung längst eine Lebensrealität. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist ein wichtiger Schritt, um ein Zei-

chen der Akzeptanz zu setzen. Es sollte keinen Unterschied machen, wen man liebt, ob man heiraten darf. Darum am 26. September ein überzeugtes «Ja zur Ehe für alle», um die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare endlich zu beiseitigen. Nadine Desiere, Risch

Gerechte Steuerpolitik durch die 99% Initiative

Letzten März wurden in Zug wieder mal die Steuern gesenkt – profitieren tun davon nur die Reichsten. Denn verschiedene Steuerreformen der letzten Jahre haben bereits zu einem Loch in der AHV und zu massiven Sparmassnahmen in Bildung, Gesundheit oder Kultur zur Folge. Aber

auch steigende Mieten und Krankenkassenprämien fressen ein immer grösseres Loch in das Einkommen der Menschen. Die 99% Initiative will Steuerschlupflöcher schliessen und Kapitaleinkommen (z.B. Dividenden) höher besteuern als Arbeitseinkommen. Die dadurch

entstehenden Mehreinnahmen von mehreren Milliarden für Bund, Kantone und Gemeinde können in den Service Public investiert werden. Aus diesem Grund empfehle ich, am 26. September ein Ja für die 99% Initiative in die Urne zu legen.

Amélie Krause, Baar

Freunde, Freunde

Viele liebe Freunde von mir sind Impfabstinenten. Und viele liebe Freunde sind geimpft. Meint jemand wirklich, nur weil ich in dieser

einen Sache, Covid, nicht gleicher Meinung bin mit ein paar Freunden, ich verkrache mich deswegen mit ihnen? Da geb ich Covid keine

Chance. Etwas Gelassenheit wirkt Wunder. Denn: Kommt Zeit kommt Rat.

David Meyer, Oberwil b. Zug

Ein «Ja» zu mehr Gleichberechtigung

Rupan Sivaganesan
SP Kantonsrat Zug



Rupan Sivaganesan,
SP Kantonsrat Zug.

Foto: zvk

SP Heute dürfen in unserem Land Frauen nur Männer und Männer nur Frauen heiraten. Gleichgeschlechtlichen Paaren steht dagegen bloss die eingetragene Partnerschaft offen. Am 26. September können wir diesen Zustand ändern, denn dann stimmen wir über die «Ehe für alle» ab – nach acht Jahren der intensiven Diskussion.

Ich werde ein «Ja» einwerfen. Warum? Erstens lehne ich die bestehende Ungleichbehandlung ab. Eingetragenen Partnerinnen bleibt der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin verwehrt und gleichgeschlechtliche Paare dürfen nicht gemeinsam adoptieren. Das hat zur Folge, dass die Kinder von «Regenbogenfamilien» bei einer Trennung handfeste Nachteile erleiden können. Eine Gleichstellung ist überfällig, denn wieso sollte der Staat gleich- und verschiedengeschlechtliche Paare unterschiedlich behandeln?

Zweitens werde ich mit «Ja» abstimmen, weil die Einführung der «Ehe für alle» ein wichtiges Signal darstellt. In vielen Ländern werden homo- und bisexuelle Menschen massiv und bis in den Tod verfolgt. Auch in unserem Land werden gleichgeschlechtlich liebende Menschen weiterhin diskriminiert und sind manchmal Opfer von physischen Angriffen. Solche Verhältnisse erschweren es, selbstbestimmt zu leben. Eine der Folgen ist auch die stark erhöhte Suizidgefahr bei homo- und bisexuellen Jugendlichen.

chen. Mit solchen Bedingungen kann ich mich nicht abfinden.

Eigentlich wissen wir in der Schweiz doch seit langem, wie wichtig es ist, Minderheiten zu respektieren. Und wir sollten uns auch beim Eherecht von diesen Erfahrungen leiten lassen. Und lass uns von den Erfahrungen anderer lernen, denn mittlerweile kennen fast alle westeuropäischen Staaten die gleichgeschlechtliche Ehe – selbst das gerne als erzkatholisch bezeichnete Irland. Es zeigt sich: Die Gleichstellung im Eherecht trägt zur gesellschaftlichen Anerkennung von gleichgeschlechtlich liebenden Menschen bei. Ein «Ja» ist ein «Ja» zu mehr Gleichberechtigung. Zu mehr Selbstbestimmung.

Zu einer freien Gesellschaft, in der auch Männer Männern und Frauen Frauen das Ja-Wort geben dürfen

Ein Innovations- und Wirtschaftsmotor

Fabian Trinkler,
Grünliberale Partei Baar



Fabian Trinkler, GLP Baar.

Foto: zvk

GLP Noch immer wird die Energiewende zuweilen als ressourcenfressendes Fass ohne Boden dargestellt. Dabei bietet sie für den Kanton Zug sowie den Werkplatz Schweiz wirtschaftlich viele Chancen. Grössere Strukturumbrüche wie die Energiewende sind immer mit Veränderung und damit inhärent auch mit Widerständen verbunden – schlussendlich schaffen sie unweigerlich Gewinnende und Verlierende. Mit den richtigen Entscheidungen und dem Mut zur Tat befindet sich die Schweiz in dieser Entwicklung auf dem richtigen Weg. Es gibt mittlerweile eine wachsende Anzahl junger Unternehmen, welche den dringend nötigen technologische Fortschritt im Energiebereich vorantreiben und bestehende Geschäftsmodelle mit neuen Lösungen herausfordern. Sie tragen dabei einen wichtigen Anteil zum Aufbau des für eine erfolgreiche Energiewende nötigen Know-Hows bei und helfen mit, dass die zahlreichen sehr gut ausgebildeten Fachkräfte der Hochschulen attraktive und sinnstiftende Arbeitsstellen finden. Im Weiteren transferieren sie die Innovation über Verkäufe oder Zusammenarbeit in grössere, weniger agile Unternehmen oder exportieren die ausgereiften Produkte weltweit. Die politischen Rahmenbedingungen spielen für diesen Prozess eine essentielle Rolle. Gerade im sich dynamisch entwickelnden Energiebereich braucht es eine pragmatische und zeitgemässe Ge-

setzung, welche der - unweigerlich auch mit Fehlschlägen verbundenen - Innovation genügend Freiraum verschafft. Zudem werden Instrumente benötigt, damit neue Ideen das nötige Risikokapital finden.

Dies ist umso wichtiger, als dass die Energiewende als laufender Prozess verstanden werden sollte – noch haben wir nicht alle Antworten und auch nicht alle nötigen Technologien für die sich stellenden Herausforderungen. Genau darum sollten wir Zuger und Schweizer unsere sehr gute Ausgangslage nutzen und als Frontrunner ökonomischen Erfolg mit ökologischer Verantwortung kombinieren sowie unsere für die Schweizerische wirtschaftliche Wohlfahrt so wichtige Position als Exporteur hochqualitativer Güter festigen.